

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1993

Ausgegeben am 6. Mai 1993

112. Stück

- 289. Kundmachung:** Geltungsbereich der drei am 20. April 1921 zu Barcelona abgeschlossenen Übereinkommen (Übereinkommen und Statut über die Freiheit des Durchgangsverkehrs, Übereinkommen und Statut über das Regime der schiffbaren Wasserwege von internationaler Bedeutung sowie Zusatzprotokoll zu dem Übereinkommen über das Regime der schiffbaren Wasserwege von internationaler Bedeutung)
- 290. Kundmachung:** Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche
- 291. Kundmachung:** Geltungsbereich der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten samt Ausführungsbestimmungen und Protokoll
- 292. Kundmachung:** Geltungsbereich des Übereinkommens über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland
- 293. Kundmachung:** Geltungsbereich des Protokolls über Privilegien und Immunitäten der Europäischen Fernmeldesatellitenorganisation (EUTELSAT)
- 294. Zusatzabkommen zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Patentorganisation über den Sitz der Dienststelle Wien des Europäischen Patentamts**

289. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich der drei am 20. April 1921 zu Barcelona abgeschlossenen Übereinkommen (Übereinkommen und Statut über die Freiheit des Durchgangsverkehrs, Übereinkommen und Statut über das Regime der schiffbaren Wasserwege von internationaler Bedeutung sowie Zusatzprotokoll zu dem Übereinkommen über das Regime der schiffbaren Wasserwege von internationaler Bedeutung)

Nach Mitteilung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen hat Slowenien die Weiteranwendung des Übereinkommens und Statuts über die Freiheit des Durchgangsverkehrs (BGBl. Nr. 429/1924, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 130/1993) nicht mit 25. Juni 1992, sondern rückwirkend mit 25. Juni 1991 erklärt.

Vranitzky

290. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche

Nach Mitteilung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen hat Slowenien die Weiteran-

wendung des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (BGBl. Nr. 200/1961, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 781/1992) nicht mit 25. Juni 1992, sondern rückwirkend mit 25. Juni 1991 erklärt.

Vranitzky

291. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten samt Ausführungsbestimmungen und Protokoll

Nach Mitteilungen des Generaldirektors der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur der Vereinten Nationen haben nachstehende Staaten ihre Beitrittsurkunden zur Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten samt Ausführungsbestimmungen und Protokoll (BGBl. Nr. 58/1964), letzte Kundmachung des Geltungsbereichs (BGBl. Nr. 129/1986) hinterlegt bzw. erklärt, sich auch weiterhin an diese Konvention gebunden zu erachten:

1. Zur Konvention samt Ausführungsbestimmungen:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde bzw. Kontinuitätsklärung:
Argentinien	22. März 1989
Aserbaidschan	6. August 1992
Peru	21. Juli 1989
Senegal	17. Juni 1987
Slowenien	28. Oktober 1992
Tadschikistan	11. August 1992

2. Zum Protokoll:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde bzw. Kontinuitätsklärung:
Burkina Faso	4. Februar 1987
Peru	21. Juli 1989
Senegal	17. Juni 1987
Slowenien	28. Oktober 1992
Spanien	26. Juni 1992
Tadschikistan	11. August 1992

Vranitzky

292. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland

Nach Mitteilung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen hat Slowenien die Weiteranwendung des Übereinkommens über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland (BGBl. Nr. 316/1969, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 80/1993) nicht mit 25. Juni 1992, sondern rückwirkend mit 25. Juni 1991 erklärt.

Vranitzky

293. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Protokolls über Privilegien und Immunitäten der Europäischen Fernmeldesatellitenorganisation (EUTELSAT)

Nach Mitteilungen des Generaldirektors der EUTELSAT haben folgende weitere Staaten ihre Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden zum Protokoll über Privilegien und Immunitäten der Europäischen Fernmeldesatellitenorganisation (EUTEL-

SAT) (BGBl. Nr. 176/1989, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 271/1991) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Belgien	11. Februar 1992
Liechtenstein	22. Februar 1993
Norwegen	13. März 1991
Rumänien	2. April 1992
Schweiz	9. April 1992
Spanien	2. Juli 1992
Vatikanstadt	9. Juli 1991
Zypern	20. Mai 1992

Anlässlich der Hinterlegung ihrer Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden haben folgende Staaten Vorbehalte erklärt:

Deutschland:

Die in Art. 9 Abs. 2 des Protokolls vorgesehene Befreiung von der Einkommensteuer wird nicht Personen gewährt, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der BRD haben.

Norwegen:

Norwegen wird die in Art. 9 Abs. 4, Art. 10 Abs. 2 und Art. 11 Abs. 2 des Protokolls vorgesehenen Privilegien und Immunitäten nicht auf seine eigenen Staatsangehörigen und Personen mit ständigem Wohnsitz in seinem Hoheitsgebiet anwenden.

Schweiz:

Die Schweiz betrachtet als feststellbare Warenumsatzsteuer im Sinne von Art. 4 Abs. 2 des Protokolls die Steuer, die auf der Lieferung von Waren im Werte von mehr als 500 Schweizerfranken an die EUTELSAT erhoben wird.

Spanien:

1. Spanien erklärt hinsichtlich der Steuerbestimmungen gemäß Art. 4 Abs. 2 des Protokolls, daß die Möglichkeit der Erstattung von Steuern und Abgaben angewendet wird.
2. Spanien erklärt, daß gemäß den Bestimmungen des Art. 9 Abs. 4 und Art. 10 Abs. 2 des Protokolls keine Verpflichtung besteht, den eigenen Staatsangehörigen oder Personen mit ständigem Aufenthalt die in Art. 9 Abs. 1 lit. b, d, e, f und g des Protokolls vorgesehenen Privilegien und Immunitäten zu gewähren.

Vranitzky

294.

Zusatzabkommen zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Patentorganisation über den Sitz der Dienststelle Wien des Europäischen PatentamtsDER BUNDESMINISTER FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITENTHE FEDERAL MINISTER
FOR FOREIGN AFFAIRS

Wien, am 18. Februar 1993

Vienna, 18 February 1993

Zl. 2160.03/411-I.A-GL/93

No. 2160.03/411-I.A-GL/93

Herr Präsident!

Sir,

Ich beehre mich, auf das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Patentorganisation über den Sitz der Dienststelle Wien des Europäischen Patentamts *) vom 2. Juli 1990 Bezug zu nehmen, dessen Artikel 2 Absatz 1 vorsieht, daß der Sitzbereich der Dienststelle in einem zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Patentorganisation abzuschließenden Zusatzabkommen zu regeln ist. Ich beehre mich Ihnen vorzuschlagen, auf der Grundlage dieser Bestimmung ein solches Zusatzabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Europäischen Patentorganisation mit folgenden Regelungen zu schließen:

I have the honour to refer to the Agreement between the Republic of Austria and the European Patent Organisation concerning the headquarters of the Vienna sub-office of the European Patent Office of 2 July, 1990, which provides in Article 2, paragraph 1 that the headquarters precinct of the sub-office shall be defined in an additional agreement between the Republic of Austria and the European Patent Organisation. I have the honour to propose to conclude, on the basis of said provision, an additional agreement between the Austrian Federal Government and the European Patent Organisation comprising the following provisions:

Folgender Bereich stellt den ständigen Sitzbereich der Dienststelle Wien des Europäischen Patentamts im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Patentorganisation über den Sitz der Dienststelle Wien des Europäischen Patentamts vom 2. Juli 1990 dar:

The following area shall constitute the permanent headquarters precinct of the Vienna sub-office of the European Patent Office as provided for in Article 2, paragraph 1 of the Agreement between the Republic of Austria and the European Patent Organisation concerning the headquarters of the Vienna sub-office of the European Patent Office:

- a) 1070 Wien, Schottenfeldgasse 29:
 - Kellergeschoß
 - Erdgeschoß
 - Obergeschosse 1—4
 - Obergeschoß 5 Bauteil 2
- b) Mikrofilmabteilung im Dachgeschoß des Hauses 1010 Wien, Kohlmarkt 8—10.

- (a) 1070 Vienna, Schottenfeldgasse 29
 - basement
 - ground floor
 - upper floors 1—4
 - upper floor 5, part 2
- (b) Department for microfilms, attic of the building 1010 Vienna, Kohlmarkt 8—10.

Falls die Europäische Patentorganisation den oben aufgeführten Bestimmungen zustimmt, beehre ich mich vorzuschlagen, daß diese Note und Ihre Antwort als Zusatzabkommen zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Patentorganisation über den Sitz der Dienststelle Wien des Europäischen Patentamts betrachtet werden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

If the European Patent Organisation agrees to the above-mentioned provisions, I have the honour to propose that this note and your note in reply shall constitute an Additional Agreement to the Agreement between the Republic of Austria and the European Patent Organisation concerning the headquarters of the Vienna sub-office of the European Patent Office, to enter into force on the date of your note in reply.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Herrn Präsidenten
Dr. Paul Braendli
Europäisches Patentamt
MünchenDr. Paul Braendli
President
European Patent Office
Munich

Yours faithfully,

Alois Mock

Alois Mock

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 672/1990

LE MINISTRE FEDERALE
DES AFFAIRES ETRANGERES

Vienne, le 18 février 1993

No. 2160.03/411-I.A-GL/93

Monsieur le Président,

J'ai l'honneur de me référer à l'Accord du 2 juillet 1990 entre la République d'Autriche et l'Organisation européenne des brevets relatif au siège de l'agence de Vienne de l'Office européen des brevets prévoyant dans son article 2 paragraphe 1 que le district de siège de l'agence doit être défini dans un accord additionnel à conclure entre la République d'Autriche et l'Organisation européenne des brevets. J'ai l'honneur de vous proposer de conclure, sur la base de cet article, un tel accord additionnel entre le Gouvernement fédéral autrichien et l'Organisation européenne des brevets, avec les stipulations suivantes:

Les parties énumérées ci-après constituent le district de siège permanent de l'agence de Vienne de l'Office européen des brevets au sens de l'article 2, paragraphe 1 de l'Accord du 2 juillet 1990 entre la République d'Autriche et l'Organisation européenne des brevets relatif au siège de l'agence de Vienne de l'Office européen des brevets:

- a) Schottenfeldgasse 29, 1070 Vienne:
 - sous-sol
 - rez-de-chaussée
 - premier au quatrième étage
 - cinquième étage dans la deuxième aile du bâtiment
- b) Service des microfilms dans les combles du bâtiment sis Kohlmarkt 8—10, 1010 Vienne.

Si l'Organisation européenne des brevets donne son accord aux stipulations ci-dessus énoncées, j'ai l'honneur de suggérer que la présente note et votre note de réponse soient considérées comme un Accord additionnel à l'Accord entre la République d'Autriche et l'Organisation européenne des brevets relatif au siège de l'agence de Vienne de l'Office européen des brevets, qui entrera en vigueur à la date de votre note de réponse.

Je vous prie d'agréer, Monsieur le Président, l'assurance de ma très haute considération.

Monsieur le Président
Dr. Paul Braendli
Office européen des brevets
Munich

Alois Mock

Europäisches Patentamt

An den
Bundesminister für
auswärtige Angelegenheiten
Herrn Dr. Mock
Ballhausplatz 2
A-1010 Wien

Az: 55.8.5
22.03.93

Herr Bundesminister!

Ich beehre mich, den Erhalt Ihrer Note vom 18. Februar 1993 zu bestätigen, die folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, auf das Abkommen (es folgt der weitere Text der Eröffnungsnote in deutscher Sprache) die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.“

Ich beehre mich Ihnen mitzuteilen, daß die Europäische Patentorganisation mit dem Vorschlag einverstanden ist, daß Ihre Note und diese Antwortnote ein Zusatzabkommen zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Patentorganisation über den Sitz der Dienststelle Wien des Europäischen Patentamts bilden sollen, die mit dem Datum dieser Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Paul Braendli
Präsident

European Patent Office

The Federal Minister
for Foreign Affairs
Dr Mock
Ballhausplatz 2
A-1010 Vienna

Az: 55.8.5
22.03.93

Sir,

I have the honor to acknowledge receipt of your note dated 18 February 1993 which reads as follows:

“I have the honour to refer to the Agreement between the (es folgt der weitere Text der Eröffnungsnote in englischer Sprache) to enter into force on the date of your note in reply.

Yours faithfully,”

I have the honour to inform you that the European Patent Organisation agrees to the proposal that your note and this note in reply constitute an Additional Agreement to the Agreement between the Republic of Austria and the European Patent Organisation concerning the headquarters of the Vienna sub-office of the European Patent Office, to enter into force on the date of this note in reply.

Yours faithfully,

Dr Paul Braendli
President

Office européen des brevets

Le Ministre fédéral
des affaires étrangères
Dr. Mock
Ballhausplatz 2
A-1010 Vienne

55.8.5
22.03.93

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note du 18 février 1993 qui lit comme suit:

Das Zusatzabkommen ist mit 22. März 1993 in Kraft getreten.

«J'ai l'honneur de me référer à l'Accord (es folgt der weitere Text der Eröffnungsnote in französischer Sprache) l'Office européen des brevets, qui entrera en vigueur à la date de votre note de réponse.

Je vous prie d'agréer, Monsieur le Président, l'assurance de ma très haute considération.»

J'ai l'honneur de vous informer que l'Organisation européenne des brevets donne son accord que votre note et cette note de réponse soient considérées comme un Accord additionnel à l'Accord entre la République d'Autriche et l'Organisation européenne des brevets relatif au siège de l'agence de Vienne de l'Office européen des brevets, qui entrera en vigueur à la date de cette note de réponse.

Je vous prie d'agréer, Monsieur le Ministre, l'assurance de ma très haute considération.

Dr. Paul Braendli
Président

Vranitzky



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 3000 Seiten S 1 259,— inklusive 10% Umsatzsteuer für Inlands- und S 1 359,— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von S 2,— inklusive 10% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 10,— inklusive 10% Umsatzsteuer für das Stück, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/295 oder 327 Durchwahl, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 531 61.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/294 Durchwahl, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 7.272.800. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/294 Durchwahl, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.